

Deutliches Signal für IGS-Neubau

Bezirksrat untermauert mit **interfraktionellen Antrag**, dass Gesamtschule neu errichtet werden soll

Linden. Fünf Varianten, ein Ziel: Der Bezirksrat Linden-Limmer hat in seiner jüngsten Sitzung deutlich gemacht, dass die IGS Linden einen Neubau bekommen soll. In dem interfraktionellen Antrag listet das Gremium alle Vorschläge für einen möglichen Standort auf, die in den vergangenen Monaten im Stadtteil öffentlich in der Diskussion waren. Die Stadt soll nun ein externes Planungsbüro beauftragen, das die Varianten ergebnisoffen vergleicht – als verlässliche Entscheidungsgrundlage für die Politiker in Bezirksrat und Stadtrat.

Große Mehrheit für IGS-Neubau

Städtische Planer haben sich an dem Diskussionsprozess bisher nicht beteiligt. Denn die Stadt hat nur Geld für eine Sanierung von Teilen der IGS eingeplant. Auch soll eine Modulanlage errichtet werden. Langfristig aber führt nach Ansicht von Bezirksrat, Schule, Eltern und anderen Interessengruppen im Stadtteil kein Weg an einem Neubau vorbei. Schulleiter Peter Schütz rechnet mit mindestens zehn bis 15 Jahren. Gleichwohl müsse die Grundsatzentscheidung bald getroffen werden. Der Antrag sei „ein deutliches und sehr wichtiges Signal“ an die Stadt, sagte er.



Die IGS ist in die Jahre gekommen FOTO: WALLMÜLLER

- Variante eins: Der Westschnellweg wird überbaut, um nahe der jetzigen IGS Platz für einen Neubau zu schaffen. Zusätzliche Option wäre eine Grünverbindung in der Verlängerung der Achse zwischen Von-Alten-Garten und Lindener Berg. Diese Idee geht auf den früheren SPD-Ratsherrn Ernst Barkhoff zurück. Er hatte auch angeregt, einen Neubau des Freizeitheims Linden einzubeziehen – dies sollen die
- Planer nun bei allen Varianten bedenken.
- Variante zwei: Das Schulgelände wird nach Südosten in Richtung des Spielplatzes und des Spielparks erweitert, wobei beide in das geplante Areal eingebunden werden. Diesen Vorschlag hat die IGS ins Spiel gebracht.
- Variante drei: Der Schulstandort wird in das heutige Gewerbegebiet zwischen Davenstedter, Badenstedter und Bernhard-Caspar-Straße verlegt.

Dort soll die Stadt ein städtebauliches Entwicklungsgebiet festlegen, mit dem die Voraussetzungen geschaffen werden. Diese Variante hat die SPD im Bezirksrat angeregt.

- Variante vier: Weitere Flächenpotenziale im Stadtteil werden auf ihre Eignung geprüft. Der Lindener Architekt Gerd Runge schlägt unter anderem zwei Flächen im Von-Alten-Garten und einen Teilbereich des Schulhofs der Ihmeschule an der Badens-

tedter Straße vor.

- Variante fünf: Die IGS zieht nach Limmer um. Der frühere Conti-Parkplatz gegenüber des Wasserstadt-Geländes wird zum neuen Standort, möglicherweise könnte einer der Altbauten auf der anderen Straßenseite einbezogen werden. Diese Idee hat die CDU in der jüngsten Bezirksratssitzung nachgereicht; sie wurde in den interfraktionellen Antrag aufgenommen.

Haltepunkt Safariweg vor Wegfall

Ronnenberg will Hochbahnsteig nördlich der B65 bauen – das könnte Folgen für Badenstedt haben

Badenstedt/Empelde. Die Stadt Ronnenberg hat sich im Streit um den Neubau eines barrierefreien Hochbahnsteigs an der Stadtbahnlinie 9 für die Nordvariante ausgesprochen. Doch ehe das Gremium sein Votum abgeben konnte, kam es in der Sitzung zu einer überraschend kontroversen Diskussion.

Grünen-Ratsherr Uwe Buntrock bat die Versammlung, der Stellungnahme nicht zuzustimmen, da damit auftretende Probleme lediglich nach Badenstedt verschoben würden.

Infra plant drei Haltestellen

Die Infrastrukturgesellschaft der Region Hannover (Infra) plant derzeit, drei weitere Haltestellen an der Stadtbahnlinie 9 mit Hochbahnsteigen umbauen. Dazu gehört auch die Haltestelle Hermann-Ehlers-Allee an der Stadtgrenze zu Empelde. Diese Haltestelle befindet sich derzeit, je nach Fahrtrichtung aufgeteilt,

nördlich und südlich der Brücke, mit der die Bundesstraße 65 über die Berliner Straße geführt wird.

Nach den Plänen der Infra soll der neue Hochbahnsteig beide Fahrtrichtungen zusammenfassen und südlich, zwischen den Fahrspuren der Berliner Straße, platziert werden. Die Folge wären eine zusätzliche Ampel und Fahrspurverengungen der Hauptzufahrtstraße nach Empelde aus Richtung Hannover.

Eine zusätzliche Einschränkung des Verkehrsflusses und

noch mehr Fahrzeuge durch einen in der Nachbarschaft geplanten neuen Park-und-ride-Platz sind für die Stadt Ronnenberg der Hauptgrund dafür, diese Variante abzulehnen.

Längerer Weg zur Bahn

Für Buntrock reicht das nicht aus. Er empfindet es als „unfair, Probleme auf andere zu verschieben“. Zu befürchten sei nämlich, dass die Infra, sollte die Haltestelle Hermann-Ehlers-Allee auf der Nordseite der B 65

platziert werden, auf die Haltestelle Safariweg komplett verzichten könnte, meint er. Die Abstände zwischen den Haltestellen könnten den Planern zu gering sein. Ein großes Wohngebiet am Safariweg wäre leidtragend. Außerdem müssten die künftigen Bewohner des Neubaugebiets Mäuseburg einen längeren Weg zur Bahn in Kauf nehmen. Der öffentliche Personennahverkehr dürfe nicht für einen solch kleinen Vorteil wie einen besseren Fluss des Autoverkehrs geschwächt werden.

Politiker anderer Parteien teilten diese Befürchtungen nicht. Hans-Heinrich Hüper (CDU) verwies auf die aktuelle Verkehrslage. In Fahrtrichtung Empelde stauten sich demnach die Fahrzeuge zur Hauptverkehrszeit bis zurück auf die vierspurige Bundesstraße. Eine Si-

tuation, die keine weitere Verschärfung vertragen könne. Für Volker Zahn (CDU) verbessere sich bei der Nordvariante zudem die Sicherheit der Fußgänger, da diese nicht im Kreuzungsbereich unter der Brücke die Fahrbahn auf dem Weg zum neuen Hochbahnsteig queren müssten. Für Fachbereichsleiter Wolfgang Zehler liegt ohnehin „der Webfehler in getrennten Planfeststellungsver-

fahren zu den einzelnen Haltestellen“. Die Stadt Ronnenberg habe ihre Belange frühzeitig im Verlauf der Planungen vorgebracht, die Infra sei darauf aber nicht eingegangen.

Bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen unterstützte der Rat die Nordvariante und hofft nun auf eine entsprechende Entscheidung der zuständigen Landesbehörde.

„Es ist unfair, Probleme auf andere zu verschieben.“

Uwe Buntrock, Ronnenberger Grünen-Ratsherr



Auf der südlichen Seite der Bundesstraßenbrücke befürchten die Ronnenberger unzumutbare Verkehrsbelastungen. FOTO: KRANZ